

Wem gehört die Stadt?

Die Ratsfraktion DIE LINKE lädt ein zum Kongress gegen Gentrifizierung, für urbane Kämpfe und das Recht auf Stadt. **S.3**

Millionen verschwendet

Für den Eurovision Song Contest werden immer mehr Millionen Euro aus städtischen Geldern verschwendet. **S.4**

Geschönte Welt

Mit miesen Tricks werden die Arbeitslosenzahlen geschönt. Die Ratsfraktion DIE LINKE veröffentlicht die wahren Zahlen. **S.5**

Kultur für alle

Die LINKE forderte preiswerte Eintrittskarten von Kulturveranstaltungen für sozial Schwache. Grüne und SPD blieben fern. **S.7**

Idylle weiterhin bedroht



Rettet den Aaper Wald!

Bürgerbegehren gegen Privatisierung zeigt Wirkung

Für 12,6 Millionen Euro will das Bundesamt für Immobilien das 202 Hektar große Gebiet des ehemaligen Truppenübungsplatz Aaper Wald verkaufen. Obwohl die Stadt Düsseldorf sich eine Eintragung ins Grundbuch gesichert hat, macht sie bisher von dem Recht das Gebiet für die BewohnerInnen Düsseldorfs zu erwerben, keinen Gebrauch. Allerdings zeigt der Protest der BürgerInnen schon Wirkung. Die Ratsmehrheit der Fraktionen CDU und FDP überlegen, ob Mittel für den Kauf bereitgestellt werden sollen.

Das Naherholungsgebiet war immer schon für Kinder, JoggerInnen, SpaziergängerInnen, SegelfliegerInnen, DrachenfliegerInnen und Kinder mit ihren Schlitten ein ideales Gelände für die Freizeitgestaltung. Nun soll dieses Gelände durch ein ergebnisorientiertes Bieterverfahren verkauft werden. Ein Multimillionär wollte das Gelände für eine private Pferdezucht erwerben. Der Verkauf hätte zur Folge gehabt, dass das Gelände für eine aktive Freizeitbetätigung und Erholung der Bevölkerung verloren wäre. Inzwischen wurde be-

kannt, dass der Investor wohl abgesprungen ist. Die Proteste der BürgerInnen zeigen Wirkung.

Die am 12. 10. 2010 gegründete Bürgerinitiative Aaper Wald setzt sich dafür ein, dass das Erholungsgebiet für die Bevölkerung erhalten bleibt. Im Vordergrund steht jetzt die Unterschriftensammlung für ein Bürgerbegehren. Die Konsequenzen einer Einzäunung des Geländes sind: Keine Spielmöglichkeiten mehr für Kinder, der betroffene Bauernhof steht vor dem Ruin, kein Segelfluggelände mehr, kein Platz für Hunde und kein Reitverein mehr.

DIE LINKE im Rat bittet die Düsseldorfer Bevölkerung, sich an der Unterschriftenaktion zu beteiligen, um in einem Bürgerbegehren den Aaper Wald für die BürgerInnen zu erhalten.

Lothar Daxenberger, Bezirksvertreter der LINKEN im Stadtbezirk 06 und Mitglied der Bürgerinitiative Aaper Wald stellt fest:

„12,6 Millionen ist der Kaufpreis für dieses Grundstück. Statt hier für Jahrzehnte ein Naherholungsgebiet für die Düsseldorfer Bevölkerung zu sichern,

verschleudert die Stadt diese Millionen Steuergelder für ein kurzfristiges Event, den Eurovision Song Contest. Ich meine dies ist ein skandalöser Umgang mit Steuergeldern.“ In politischen Gremien wie in verschiedenen Bezirksvertretungen wurde dieser Skandal von den VertreterInnen der Partei DIE LINKE durch Anträge und Anfragen öffentlich gemacht.

Der weitergehende Antrag des Vertreters der Partei DIE LINKE in der Bezirksvertretung 06, das Gelände von der Stadt zu kaufen, wurde von der Mehrheit der CDU, SPD und FDP von der Tagesordnung in der Sitzung am 27. 10. 2010 genommen. Die Partei DIE LINKE wird sich weiterhin in allen Gremien der geplanten Privatisierung und damit der Aussperrung der Bevölkerung vom Aaper Wald widersetzen.

Unterstützen Sie die Initiative mit Ihrer Unterschrift gemeinsam mit Freunden und Bekannten und senden Sie die Liste an die angegebene Anschrift. Die Unterschriftenliste kann hier heruntergeladen werden: www.kulturfreunde-knittkuhl.de

Liebe Leserinnen, liebe Leser,

brauchen wir eigentlich noch den Internationalen Frauentag, den wir jedes Jahr am 8. März feiern? Hat sich in 100 Jahren nicht alles für Frauen grundlegend geändert? Nein, hat es nicht. Die Forderungen vor 100 Jahren waren unter anderem: Kampf gegen den imperialistischen Krieg, der Acht-Stunden-Tag, gleicher Lohn bei gleicher Arbeitsleistung, Festsetzung von Mindestlöhnen. Und was ist heute? Die Mehrheit des Bundestags hat im Januar gegen die Mehrheit der Deutschen eine Verlängerung des Bundeswehreinsetzes in Afghanistan beschlossen. Allein die LINKE stimmte geschlossen gegen die Verlängerung. Vom Acht-Stunden-Tag, von einem Vollzeit Arbeitsplatz der sozialversicherungspflichtig und tariflich abgesichert ist, davon können viele heute nur träumen, vor allem Frauen! Statt dessen Mini-jobs. Noch schlimmer: eine tägliche Arbeitszeit von mehr als acht Stunden und dennoch der Gang zum Jobcenter, weil ein Hungerlohn von unter fünf Euro die Stunde gezahlt wird. Unsere Forderung nach einem Mindestlohn ist aktueller denn je. Frauen tragen die Hauptlast der kapitalistischen Krise, in Düsseldorf und überall. Deshalb ist der Kampf für Frieden, für Mindestlohn, für gleichen Lohn für gleiche Arbeit, gegen Leiharbeit und Lohndumping immer auch ein Kampf für die Rechte der Frauen. Diesen Kampf führt DIE LINKE jetzt und in Zukunft gemeinsam mit allen Bewegungen, die für Frieden, gleiche Rechte und soziale Gerechtigkeit sind. Angelika Kraft-Dlangamandla, stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Telefon 0211 - 8995123
Bürozeiten: Mo.- Fr. von 10-14 Uhr

info@linksfraktion-duesseldorf.de
www.linksfraktion-duesseldorf.de

Paradebeispiel für Privatisierung - Verkauf der ehemaligen Opernwerkstätten für Luxuslofts

Im letzten Jahr hat der Düsseldorfer Stadtrat mit der Mehrheit von CDU und FDP den Verkauf der ehemaligen Opernwerkstätten an der Venloer Strasse zum Preis von 1,4 Millionen Euro beschlossen. Ein Gegenantrag der LINKEN wurde von allen anderen Fraktionen abgelehnt. Nach eigenen Angaben will das Unternehmen Tecklenburg dort Luxuswohnungen bauen, die kleinste mit 133 Quadratmetern wird ca. 690.000 Euro kosten, die luxuriöseste mit 320 Quadratmetern schlappe zwei Millionen. Die zehn Loftwohnungen mit insgesamt 2.150 Quadratmetern Wohnfläche bekommen zudem 17 Pkw-Stellplätze.

Kaufen will der Unternehmer Tecklenburg, der auch bei Fortuna als Vorstandsmitglied tätig ist. Das Unternehmen will die Werkstätten abreißen und dort schicke „Lofts“ für Reiche bauen. Arbeitslose, Leiharbeiter, Rentner mit Grundversicherung und viele Menschen mit geringem Einkommen können sich diese Wohnungen nicht leisten, für sie wird kein Platz im neoliberalen Düsseldorf sein. Die in Düsseldorf regierenden Parteien CDU und FDP scheinen genau das zu wollen: Eine Stadt für Reiche. Diese Kommunalpolitiker unterstützen weiterhin einseitig den Bau von „Luxuswohnungen“.

Zudem ist die Wahl des Käufers äußerst problematisch: Tecklenburg zeigt seine rechtspopulistischen Ansichten unverhohlen z.B. in Aussagen wie „Ich bin stolz auf unser Land und ein Befürworter der Thesen von Thilo Sarrazin.“ Tecklenburg spricht auch im Zusammenhang mit der Stadtplanung eine klare Sprache, indem er kritisiert, dass z.B. Gruppen ausländischer Jugendlicher Sitzbänke belagern würden. In anderen Städten und Gemeinden setzen sich Bürgerinitiativen und Verwaltungen dafür ein, dass Rechtspopulisten und Neonazis keine Gebäude erwerben können - in Düsseldorf hingegen sollen ausgerechnet die ehemaligen Opernwerkstätten an Tecklenburgs Unternehmen verkauft werden. Unsere Stadt braucht weder mehr „Luxuswohnungen“, noch weitere leerstehende Bürotürme. Was fehlt ist günstiger Wohnraum und bezahlbare Räume für unabhängige Kunst und Kultur.

Wohnen in der Stadt - nur für Reiche?

Das Grundrecht auf Wohnung darf nicht Profitinteressen untergeordnet werden

Artikel 26 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte fordert das uneingeschränkte Recht der Menschen auf Wohnung und Soziale Sicherheit.

In der September-Ausgabe ihres Magazins freut sich die Düsseldorfer Industrie- und Handelskammer (IHK): „Aus Investoren-Sicht zeigt der Wohnungsmarkt derzeit aber recht erfreuliche Tendenzen. In nur fünf Jahren legten die Preise für Neubauten in Düsseldorf um zehn Prozent zu.“...„Schade, aber toll“. Das städtische Amt für Statistik und Wahlen prognostiziert die Entwicklung der EinwohnerInnen-Zahlen für Düsseldorf von jetzt 584.000 auf über 600.000 im Jahre 2020. Unverhohlen macht die Stadtverwaltung deutlich, wen sie gerne als NeubürgerInnen in Düsseldorf hätten. Zahlungskräftige sollen angelockt werden und für sie muss Platz geschaffen werden.

Die Ratsfraktion DIE LINKE hat zwei Monate lang den Düsseldorfer Wohnungsmarkt in den Tageszeitungen beobachtet und analysiert. Der Anteil der angebotenen Mietwohnungen, die nach den geltenden Richtsätzen für Hartz-IV- oder Grundsicherungs-BezieherInnen in Frage kämen, lag bei etwa 0,1%. In

einigen Stadtteilen Düsseldorfs liegt der Anteil der Menschen, die auf diese staatlichen Transferleistungen angewiesen sind, bei über 20%.

Wir können feststellen: In Düsseldorf gibt es zu wenig bezahlbaren Wohnraum für die Menschen, die sich aufgrund ihrer Einkommenssituation die schöne neue Wohnungswelt nicht leisten können. Also forderte die DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf, dass im Haushalt für 2011 der Stadt 20 Millionen € eingestellt wird, um Grundstücke für den kommunalen Wohnungsbau zu kaufen. Das Gegenteil macht die Stadt. In den Bezirksvertretungen haben sich die Vertreter der LINKEN ständig mit Anträgen auf Abriss bezahlbaren Wohnraums mit gleichzeitigem Antrag auf Planungs genehmigungen von teuren Wohnungsneubauten herumschlagen. Jüngstes Beispiel: Eine Beschlussvorlage am 20. Januar zwecks Abriss der Häuser Schlesi sche Straße 102-110 und Liegnitzer Straße 1-9 im Stadtteil Lierenfeld. Nur die Schlesi sche Straße 102 war zu diesem Zeitpunkt nicht mehr bewohnt. 59 bezahlbare Wohnungen werden vernichtet und sollen durch teurere Wohnungen ersetzt werden. Der Bauherr, die Rhein-

wohnungsbau GmbH, beschreibt in einer bunten Broschüre wie die neuen Wohnungen sein werden: „Die Gebäude entlang der Schlesi schen Straße verfügen durch ihre konsequente Nord-Süd-Ausrichtung über hochwertige, gut besonnte Wohnungen.“...„Die Dachterrassen haben Sonnendeck-Charakter“. In einer Mieterversammlung wurde die Frage gestellt, ob die jetzigen Bewohner auch in die neuen Wohnungen einziehen könnten. Dies wurde verneint, mit der Begründung die Wohnungen würden von der Größe nicht mehr passen.

Dies ist nur ein Beispiel der Gentrifizierung, also der Vertreibung der Sozialschwachen aus der Stadt. In den nächsten zehn Jahren fallen zusätzlich für 5.600 Wohnungen die Mietpreisbindung aus. Für die Notlösung, der Kauf von Belegrechten durch die Stadt, wurden gleichzeitig die Mittel im Haushalt 2011 von einer Millionen auf nur noch 761.000 gekürzt. Kauft die Stadt Belegrechte, so subventioniert sie mit 4 Euro je qm den Mietpreis. Dies gilt für 15 Jahre. Nach 15 Jahren entfällt die Subvention und die Mieter müssen mit einer Mieterhöhung um vier Euro pro qm rechnen.

Die Gentrifizierung geht weiter

Die Folgen der neoliberalen Stadtplanung sind überall sichtbar

Um aus Düsseldorf eine Insel der Wohlhabenden und Glückseligen zu machen, konzentriert sich die Stadt auf die Planung und den Bau von exklusiven Wohnraum. Wohnhochhäuser an der Erkrather Straße, das Baumhaus an der Eulerstraße, die „Königskinder“ im Hafen sind nur drei Beispiele. Bereits fertig sind die exklusiven und für Opfer von Hartz IV, von Leiharbeit, von Lohndumping und Rentenkürzungen unbezahlbaren Projekte, wie die Wohnanlage „it's“ an der Herrmann-Harry-Schmitz-Straße, den Siedlungen auf dem Gelände des ehemaligen Derendorfer Güterbahnhofs, dem Stadtgarten Pempelfort usw. Die Armutsbekämpfung der Stadt Düsseldorf reduziert sich immer mehr auf die Vertreibung der Armen.

Dies sind Ergebnisse der neoliberalen Politik der schwarz-gelben Mehrheit im Düsseldorfer Stadtrat. Der Neoliberalismus haust in Düsseldorf, er zerstört immer mehr bezahlbaren Wohnraum, baut die Stadt um in eine Wüste aus Beton und Glas. Für die Wohlhabenden werden teure vierspurige städtische Autobahnen und luxuriöse unterirdische Parkmöglichkeiten wie am Barbarosaplatz geplant, für die Armen werden die Fahrpreise der Rheinbahn drastisch erhöht und der Radwegebau zurückgefahren. Das Ticket der Rheinbahn für

Rentner beispielsweise, das „Bärenticket“, stieg in den letzten fünf Jahren um 44%, die Renten um 2,8%.

Wenn das Leben für Menschen mit geringem Einkommen in Düsseldorf unbezahlbar wird, müssen sie die Stadt verlassen. So entsteht Platz für das Klientel von Schwarz/Gelb.

Dann brauchen die Politiker von SPD/CDU/FDP und Grüne, die mit ihrer Agenda 2010 und den Hartz-Gesetzen

Armut und Elend geschaffen haben, sich die Ergebnisse ihrer eigenen Politik nicht mehr ansehen. Die Ratsfraktion DIE LINKE sieht aber hin und will ändern. Dies wird sie auf ihrem Gentrifizierungskongress „Wem gehört die Stadt“ deutlich machen. Der Staat ist für seine BürgerInnen verantwortlich. Er muss das Grundrecht auf Wohnung garantieren und darf es nicht den Kapitalinteressen unterordnen.



Beton pur in Oberbilk

Wem gehört die Stadt?

Ein Kongress gegen Gentrifizierung, für urbane Kämpfe und das Recht auf Stadt



Wem gehört die Stadt, fragt auch er sich

© hamfel / pixelio.de

Wenn Entscheidungen über die Köpfe der Bevölkerung hinweg getroffen werden, wenn die Meinung und der Willen von BewohnerInnen nicht beachtet werden, wenn öffentliches Eigentum verhöckert wird und wenn öffentliche Plätze in privaten Besitz überführt werden, dann müssen wir uns dringend fragen, wem die Stadt gehört! AkteurInnen und VerursacherInnen müssen benannt werden, um Strategien gegen kapitalistische und unsoziale Stadtpolitik zu entwickeln. Zudem müssen die Strukturen dieser Politik verstanden werden, muss analysiert werden, wessen Interessen bedient werden. Denn Beispiele für ungerechte Politik gibt es gerade in Düsseldorf genug: 700 Millionen Euro für die neue U-Bahn-Linie, Protegieren neuer Luxuslofts, Verkauf städtischer Gebäude und Plätze, jede Menge Millionen für den Eurovision Song Contest. Auf der anderen Seite fehlen günstige Wohnungen, Geld für den Sozial- und Kulturbereich, ausreichend bezahlte Arbeit – die Liste der Mängel ließe sich fortführen.

DIE LINKE. Ratsfraktion Düsseldorf setzt dem etwas entgegen und lädt deswegen WissenschaftlerInnen, politische AktivistInnen und Betroffene ein, um im Rahmen des Kongresses der Frage „Wem gehört die Stadt?“ auf den Grund zu gehen. Diese Fragen spielen nicht nur in Düsseldorf eine Rolle - weltweit organisieren sich in immer mehr Städten Menschen für ihr Recht auf Stadt und wir wollen in unterschiedlichen Veranstaltungen miteinander diskutieren und voneinander lernen.

Neugierig?

Eine kleine Kostprobe aus dem Programm

Am Freitag finden bereits zwei Highlights des Kongresses statt: Das Ge-

spräch mit prominenten ReferentInnen zur Frage „Wie kann die Stadt ein Ort des guten Lebens sein?“ und die Lesung von Christoph Schäfer aus seinem Buch „Die Stadt ist unsere Fabrik“. Am Samstag finden in zwei Phasen Veranstaltungen zu einzelnen Themenkomplexen statt. Der Kongress wird damit einen Rahmen bieten für die unterschiedlichen Bereiche der urbanen Kämpfe.

Einer dieser Bereiche ist die Positionierung Düsseldorfs als Event-City, die z.B. den Eurovision Song Contest und das Weltkiccup-Rennen an die Rheinförderpromenade holt. Alles, was angeblich den Werbewert der „Marke Düsseldorf“ steigert, wird auch gegen den Willen der BewohnerInnen durchgedrückt. Und weil das nicht nur in Düsseldorf so läuft berichten die ReferentInnen in der Veranstaltung „Düsseldorf – neoliberale Stadt und Städtekonkurrenz“ (Sa., 11.00 - 14.00) aus ihren Städten und beleuchten die unterschiedlichen Aspekte und Folgen von neoliberaler Stadtpolitik und Städtekonkurrenz.

Ein weiterer Aspekt sind die „Proteste gegen Großprojekte“ wie gegen „Stuttgart 21“ oder den „Kö-Bogen“ (Sa., 11.00 - 14.00). Hier kämpfen Menschen für die gerechte Verteilung von städtischem Eigentum, gegen Großinvestitionen. Diese Proteste werden verglichen und ihre Rolle kritisch reflektiert.

In vielen deutschen Städten formiert sich zurzeit Widerstand gegen die Verdrängung alteingesessener EinwohnerInnen durch gutverdienende Yuppies, die Protestierenden fordern ein, dass das Grundbedürfnis nach einer bezahlbaren Wohnung Beachtung findet („Wohnst du noch?“, Sa. 19.3., 15.00 - 18.00). Gleichzeitig mit der Bedrohung durch Zwangsumzüge und den Verlust der Wohnung steigen Armut und soziale

Ungleichheit in unserer Gesellschaft. Die Veranstaltung „Widerstandsformen gegen Armut und Vertreibung“ (Sa. 19.3., 15.00 - 18.00) nimmt die Probleme der deutlichsten „VerliererInnen“ der neoliberalen, kapitalistischen Politik ins Visier und diskutiert Widerstandsmöglichkeiten gegen Armut, Obdachlosigkeit, Wohnungsnot und die Vertreibung von „Randgruppen“.

Am Sonntag wird der Kongress mit einer besonderen Veranstaltung abgeschlossen: Anne Mommertz führt die TeilnehmerInnen nach dem gemeinsamen Frühstück zu Orten in der Umgebung des ZAKK, an dem sich diese Themen kristallisieren, an denen sich die Geschichte der Stadt sehen lässt.

Innerhalb all dieser unterschiedlichen Facetten der Gentrification wird der Kongress Partei ergreifen für die Interessen der BewohnerInnen und für das Recht auf Stadt.

Wir laden herzlich ein...

zu Diskussionsrunden, Vorträgen und Aktionen des Kongresses. Die Teilnahme an dem Kongress ist selbstverständlich kostenlos, Tagungsgetränke ebenso, Speisen gibt es zu geringen Kosten. Für Kinder wird ebenfalls eine AG angeboten. Übersetzungen in Gebärdensprache und andere Sprachen sind nach vorheriger entsprechender Anmeldung möglich. Das ZAKK ist barrierefrei.

Anmeldungen sind nicht unbedingt erforderlich, helfen uns aber sehr bei der Planung von Speisen, Getränken, Raumgrößen usw. Auch unangemeldet kann jede/r teilnehmen – die ganze Zeit, an einzelnen Vorträgen oder wie auch immer. Weitere Informationen und Anmeldung unter:

www.wemgehortediastadt.de

Freiräume für Bewegung

Mit dem Slogan „Die Stadt gehört uns - wir schenken sie Euch“ trat der Zusammenschluss aus der freien Kulturszene zum erstenmal mit einer großen Aktion in Erscheinung. Mit zahlreichen Schenkungen wurde gegen die Kriminalisierung von Graffiti-KünstlerInnen, steril sanierte Flächen ungeeignete Proberäume und Ateliers, Musizierverbot und die Privatisierung des öffentlichen Raums demonstriert. Weiterhin ist das Bündnis aktiv und will ihre Stadt mit den BewohnerInnen teilen in Form von kreativen Freiräumen. Es wurde eine Veranstaltungsreihe mit dem Titel „Schatz, wir müssen mal reden“ organisiert, zu der viele unterschiedliche Menschen zusammenkamen und Ideen und Utopien entwickelten. Diese Inhalte werden in den nächsten Wochen und Monaten vertieft und bei unterschiedlichen Protesten einfließen. „Freiräume für Bewegung“ wird auf dem Kongress „Wem gehört die Stadt?“ in verschiedenen AGs vertreten sein.

Widerstand auf dem Kuthsweg

Innerhalb von 3 Wochen sollten die Bewohner der städtischen Wohnanlage Kuthsweg in eine andere Wohnanlage eingewiesen werden. Diese Ordnungsanweisung erfolgte durch das „Amt für Integration und soziale Sicherung“, obwohl die Menschen zum Teil schon Jahrzehnte dort wohnten. In der „Rechtsbelehrung“ erklärte die Stadtverwaltung, dass eine Klage gegen diese Ordnungsverfügung keine aufschiebende Wirkung habe und die Menschen trotzdem raus müssten.

Ratsfraktion, Bezirksvertreter und der Vertreter des Wohnungsausschusses der LINKEN unterstützten die Betroffenen. Drei Parteien wehrten sich und klagten gegen die Stadt. Dieser mutige Widerstand gegen das Vorgehen nach Gutsherrenart der Stadtverwaltung hatte Erfolg. Das Verwaltungsgericht Düsseldorf setzte den Vollzug aus und die aufschiebende Wirkung wieder ein. Jetzt konnte die Stadt diesen Menschen plötzlich innerhalb von ein paar Tagen adäquate Wohnungen mit einem normalen Mietvertrag anbieten. Für sie gelten jetzt alle gesetzlichen Bestimmungen zum Schutz der MieterInnen. Dies zeigt: Widerstand gegen Willkür lohnt sich.

Nicht allein zum Jobcenter!

Auf Initiative der Ratsfraktion DIE LINKE informieren die Jobcenter in ihren Wartebereichen die „Kunden“, dass sie das Recht haben, zu Gesprächen bei den Jobcentern in Begleitung zu erscheinen. Für Arbeitslose, die zum ersten Mal in ein Jobcenter kommen, reicht diese Information nicht aus. Wichtig wäre, dass vor dem ersten Besuch des Jobcenters die „Kunden“ darüber informiert werden, dass sie eine Begleitung mitbringen können. Es besteht die Möglichkeit, im Anschreiben darauf hinzuweisen oder ein Merkblatt beizufügen. Circa 50 Prozent aller Bescheide, die vor Gericht landen, sind rechtlich nicht haltbar und müssen im Interesse der Hartz-IV-BezieherInnen korrigiert werden. Unbekannt bleibt, wie oft aus Mutlosigkeit oder Resignation fehlerhafte Entscheidungen der Jobcenter geschluckt werden. Die Erfahrung zeigt auch, dass die Mitarbeiter der Jobcenter sich mehr Mühe geben, wenn ihre sogenannten Kunden in Begleitung erscheinen.

Stromanbieterwechsel jetzt!

Atomkraft stellt ein unkontrollierbares Risiko dar. Die Ratsfraktion DIE LINKE fordert: Kein Castortransport durch Düsseldorf. Im vergangenen Jahr gab es bundesweite Proteste gegen die Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke (AKW), die von der Merkelregierung im Einvernehmen mit den Stromkonzernen beschlossen wurde. Gleichzeitig wurden die Strompreise für private Haushalte um ca. 7% erhöht.

Aber jede StromkundIn kann Widerstand leisten. Wechseln Sie zu einem Ökostromanbieter, die – und darauf kommt es an – ausschließlich in regenerative Energien und Blockheizkraftwerke investieren und durch deren Neubau Atom- und Kohlestrom auf die Dauer überflüssig machen. Ökostromanbieter sind:

„Naturstrom AG“ (Düsseldorf)
 „Elektrizitätswerke Schönau“,
 „Greenpeace Energy“ und
 „LichtBlick“.

Für Informationen zum Stromwechsel steht in Düsseldorf das „Büro für erforderliche Maßnahmen“ (Büfem) zur Verfügung:
 www.buefem.de
 Tel. 0173 88 44 789

Die Kosten steigen weiter

Gerät die Finanzierung des Song Contest außer Kontrolle?

Im Oktober 2010 erzählte der Düsseldorfer Oberbürgermeister der Presse, dass er aus Freude über den Zuschlag des Eurovision Song Contestes (ESC) an Düsseldorf ausnahmsweise ein Glas Sekt getrunken habe. Das Fass, das er damals aufmachte, erweist sich zunehmend als ein Fass ohne Boden.

Düsseldorf hat damals den Zuschlag bekommen, weil die Stadtspitze dem veranstaltenden NDR großzügige Finanzierungszusagen gemacht hat. Im Oktober war die Rede von 7,8 Millionen Euro, die von der Stadt zu tragen sind. Darin enthalten waren Kosten für den Umbau des Paul-Janes-Stadion in Höhe von 600.000.- Euro. Das Stadion sollte Zweitliga tauglich umgebaut werden, da der Fortuna wegen des ESC für die letzten drei Heimspiele der Saison die Arena nicht zur Verfügung steht. Im Dezember wurden in den städtischen Haushalt für den Umbau einer „Ersatzspielstätte“ 1,0 Million Euro eingeplant. Seltsamerweise blieben trotz einer Verteuerung von 400.000.- Euro für das Stadion die geplanten Gesamtkosten gleich hoch.

Vom Umbau des Paul-Janes-Stadion ist die Stadt mittlerweile abgerückt, weil auch sie eingesehen hat, dass dort die Sicherheit für die Spiele nicht gewährleistet werden kann. Es wurde ein Unternehmen beauftragt, ein sogenanntes mobiles Stadion zu errichten. Hierfür wurden weitere 2,0 Millionen Euro bewilligt. Die hier genannten Summen sind alles Netto-Beträge. Unter Berücksichtigung der Mehrwertsteuer sind die geplanten Kosten mittlerweile auf über 11,6 Millionen Euro angestiegen. Der größte Teil des bisher genehmigten Budgets besteht aus geschätzten Kosten. Der einzige Betrag, der aufgrund von Verträgen realistisch ist, sind die Kosten für das Fußball-Stadion. Diese Kosten haben sich zwischen Oktober und Januar um über 360 % erhöht.

Das mobile Stadion soll Platz für ca. 20.000 Zuschauer bieten. In der vergangenen Saison hatte die Fortuna durchschnittlich 30.000 Zuschauer bei ihren Heimspielen. Das bedeutet einen Einnahmeverlust von ca. 750.000.- Euro. Im April und Mai sollen 23 Baustellen im öffentlichen Raum still gelegt

werden. Weitere 12 sollen „aufgehübscht“ werden (so der Verkehrsdezernent), damit die Stadt sich von ihrer schönen Seite präsentiert. Eine Vielzahl von städtischen Bediensteten arbeitet mittlerweile an der Vorbereitung und Organisation des Eurovision Song Contestes. Ca. 25 Schulen nutzen den Arena-Sportpark für ihren Schulsport. Kurz vor Weihnachten erhielten diese Schulen ein Schreiben vom Sportamt, in dem ihnen mitgeteilt wurde, dass ihnen der Sportpark im zweiten Schulhalbjahr nicht zur Verfügung steht. Sie mögen sich doch selbst um Ersatz kümmern. Erst nach massiven Protesten war die Verwaltung bereit, sich um Ersatzorte für den Schulsport zu kümmern und ihn den Schulen zur Verfügung zu stellen.

Für all diese Aufwendungen sind die Kosten nicht in den Unterlagen der Stadt aufgeführt. Genauso wenig wie Einnahmeverluste der Arena.

Man kann jetzt schon Gesamtkosten für die Stadt Düsseldorf in Höhe von 20 Millionen Euro prognostizieren und hoffen, dass diese Summe nicht überschritten wird.

Eurovision Song Contest:

12 Millionen € für Tralala oder für die Menschen in Düsseldorf?

Die Düsseldorfer Stadtverwaltung mit ihrem OB Elbers an der Spitze plant inzwischen ca. 12 Millionen Euro Steuergelder der Düsseldorfer BürgerInnen für diese Veranstaltung ein. Mit 12 Millionen Euro könnte die Stadt natürlich viele sinnvolle Projekte im Interesse der BürgerInnen verwirklichen:

So wird seit Jahren von der schwarz/gelben Mehrheit die Einführung eines Sozialtickets aus Kostengründen abgelehnt. Dies könnte mit den Millionen über ein Jahrzehnt lang finanziert werden.

Der Aaper Wald soll für 12,6 Millionen Euro privatisiert und verscherbelt werden. Hier könnte die Stadt ihr Vorkaufsrecht in Anspruch nehmen und für Jahrzehnte ein Erholungsgebiet für die DüsseldorferInnen schaffen.

Noch immer bestehen in Düsseldorf nicht genügend Kitaplätze für unter Dreijährige. Auch dieses Problem kann mit den Millionen langfristig gelöst werden.

In Düsseldorf besteht ein völlig unzureichendes Radwegenetz. Der Antrag der LINKEN im Haushalt den Ansatz von 751.000 auf zwei Millionen Euro zu erhöhen, wurde von der neoliberalen Ratsmehrheit abgelehnt. 12 Millionen Euro investieren und Düsseldorf wird tatsächlich eine fahrradfreundliche Stadt.

Zehn Millionen Euro hat die Ratsfraktion DIE LINKE zusätzlich beantragt, um Grundstücke für den kommunalen Wohnungsbau zu erwerben. Dann könnte die Stadt auch für einkommensschwache EinwohnerInnen bezahlbaren Wohnraum schaffen. Schwarz/Gelb lehnt dies ab. Wichtiger ist eine Veranstaltung mit ca. 40 mehr oder weniger guten SängerInnen in der Esprit-Arena.

Dies sind nur einige Beispiele. In Düsseldorf geht die Schere zwischen arm und reich immer weiter auseinander, so dass es viele soziale Aufgaben gibt, die die Stadt für ihre EinwohnerInnen erfüllen müsste. Es geht nicht darum, dass die Stadt sich protzig der Welt präsentiert, sondern dass in Düsseldorf ein soziales, solidarische Miteinander geschaffen wird.



ESCAPE the hype! Protest gegen den Song Contest

Internationaler Frauentag: Kein Grund um Nachzulassen im Kampf um die Rechte der Frauen

In diesem Jahr jährt sich der Internationale Frauentag zum 100. Mal. Der erste Internationale Frauentag fand am 19. März 1911 in Dänemark, Deutschland, Österreich, der Schweiz und den USA statt. Und 1922 wird der Internationale Frauentag erstmals in verschiedenen Ländern einheitlich begangen. Die politische Forderung damals war das aktive und passive Wahlrecht für Frauen. Mehr als eine Million Frauen gingen auf die Straße.

Heute ist das Wahlrecht bei uns Alltag. Aber Frauen sind immer noch nicht da, wo sie sein wollen und müssten. Noch immer sind Frauen in täglichen Leben benachteiligt, kämpfen um gleichen Lohn, um gleiche Aufstiegschancen im Beruf. Interessant in diesem Zusammenhang ist eine Zahl aus dem Bericht „Lebenssituation von Frauen und Männern in Düsseldorf“: Danach hatten Männer in Düsseldorf 2004 ein 70% höheres Einkommen als Frauen!

Die Organisation der Familie ist heu-

te nach wie vor immer noch vor allem Frauensache, ob mit Partner oder allein-erziehend. Und vielen Frauen bleibt nach jahrzehntelanger Erwerbstätigkeit nur eine winzig kleine Rente, weil sie schlecht bezahlte Arbeit verrichtet haben oder wegen der Versorgung der Familie nur eingeschränkt berufstätig waren. Frauen sind weitaus mehr von verschiedenen Formen der Gewalt betroffen wie Männer; sowohl in der Familie als auch im Beruf. Das Thema Kinder ist weitgehend immer noch Frauenangelegenheit. Und Frauen werden damit oft allein gelassen. Mittlerweile gibt es viele Möglichkeiten der Hilfe für Frauen, die aber in Düsseldorf nicht genutzt werden. Es gibt z.B. Familienhebammen in anderen Städten. Das Geburtshaus braucht dringend Unterstützung, damit die gute und anerkannte Arbeit weitergeführt werden kann. Es fehlt an preiswerten kommunalen Wohnungen für Alleinerziehende, die in der Mehrheit Frauen sind. Sie fehlen

grundsätzlich in Düsseldorf. Dies ist beliebig fortsetzbar.

In Düsseldorf lebten Ende 2008 52,1 % Frauen und 47,9 % Männer. Vor allem leben mehr ältere Frauen als Männer in der Stadt. In nur sechs von 49 Stadtteilen leben mehr Männer als Frauen. Dies sind übrigens auch die Stadtteile mit dem höchsten Anteil an MigrantInnen.

Statistiken zeigen, es leben nicht nur mehr Frauen in unserer Stadt, Frauen haben auch eine stärkere Bindung an ihren Wohnort als Männer. In dem Zusammenhang stellt sich auch die Frage: Wem gehört eigentlich die Stadt und wessen Interessen werden in der Stadt vertreten?

Die Ratsfraktion DIE LINKE führt im März zu diesem Thema einen Kongress durch, der sich mit vielen interessanten Themen beschäftigen wird, auch mit dem Thema Frauen (siehe Seite 2-3 in dieser Ausgabe). Zu diesem Kongress laden wir Sie herzlich ein.



Auch nach 100 Jahren ist Sexismus präsent

© Henrik Schröder / piqs.de

Geschönte Arbeitslosenzahlen Zeit zu handeln statt zu tricksen!

29.137 Menschen waren im Januar 2011 in Düsseldorf arbeitslos, so die offizielle Zahl, die auf einer Statistik des monatlich erscheinenden Berichts der Bundesagentur für Arbeit beruht. Derselbe Bericht weist jedoch in seinen Anlagen aus, dass 36.206 Personen in Düsseldorf als arbeitslos registriert sind (im Bericht als Unterbeschäftigung im engeren Sinne bezeichnet). 7.069 Personen verschwinden also aus der offiziellen Düsseldorfer Arbeitslosenzahl, obwohl sie weiterhin arbeitslos sind.

Manipuliert werden die Arbeitslosenzahlen bereits seit langem. Dass die aktuellen Zahlen jedoch in diesem Ausmaß verändert sind, wurde durch die Hartz-

Gesetzgebung eingeführt. Geschönt wird die Zahl dabei durch verschiedene Tricks: Arbeitslose, die krank sind, einen Ein-Euro-Job haben oder an Weiterbildungen teilnehmen, werden nicht als arbeitslos gezählt. Fast alle Arbeitslose, die älter als 58 sind, erscheinen nicht in der offiziellen Statistik. Darüber hinaus zählen Arbeitslose, die von privaten Arbeitsvermittlern betreut werden nicht als arbeitslos, obwohl sie keine Arbeit haben.

Durch all diese Tricks verändert sich die Arbeitslosenquote stark: So wird sie im Januar 2011 offiziell für Düsseldorf mit 9,6 % angegeben, tatsächlich liegt sie jedoch bei 12,3 %.

Zu diesen Arbeitslosenzahlen müssten eigentlich noch alle hinzugezählt werden, die zwar arbeitslos sind, jedoch keinen Anspruch auf Leistungen vom Amt haben, da beispielsweise die EhepartnerIn ein zu hohes Einkommen hat. Ebenso fehlen alle Arbeitslosen, die sich aus verschiedenen Gründen erst gar nicht arbeitslos melden.

DIE LINKE, Ratsfraktion Düsseldorf veröffentlicht auf ihrer Webseite monatlich die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen und die aufgeschlüsselte Zahl derer, die aus der offiziellen Statistik herausgerechnet werden. Nachzulesen auf der Startseite: www.linksfraktion-duesseldorf.de

Keine Bundeswehr in die Schulen!

Im Oktober 2008 hat die schwarz/gelbe Landesregierung NRW eine Kooperationsvereinbarung mit der Bundeswehr abgeschlossen. Dadurch sollte sie weitreichende Einflussnahme auf die politische Bildung von SchülerInnen und LehrerInnen bekommen. Ziel der Bundeswehr ist natürlich in erster Linie Nachwuchs für den Kriegsdienst zu gewinnen und einseitig um Zustimmung für die Kriegseinsätze zu werben.

Bildungsministerin Löhrmann von den Grünen spricht zur Zeit nur von Nachbesserung des Vertrages. Das ist völlig unzureichend. Der Vertrag muss ersatzlos gekündigt werden. Dafür wird sich die Landtagsfraktion der LINKEN einsetzen. In Düsseldorf wird die Ratsfraktion DIE LINKE gemeinsam mit der Partei DIE LINKE, mit dem Aktionsbündnis „Schule ohne Bundeswehr“, mit dem Friedensforum, mit der Deutschen Friedensgesellschaft, mit der DGB-Jugend, mit Landes-schülerInnenvertretung NRW und mit allen Organisationen und BürgerInnen die sich einer Kriegspolitisierung an den Schulen widersetzen, Widerstand gegen militärischen Unterricht an den Schulen leisten. Artikel 7 der Landesverfassung fordert die Erziehung „...zur Friedensgesinnung“. Dies ist durch eine Armee, die völkerrechtswidrige Kriege führt, sicher nicht möglich.

Teilerfolg für KleingärtnerInnen

Der Streit zwischen Kleingärtnern und Stadtverwaltung ist vorläufig durch Kompromiss beigelegt. Die Stadt hat einen Vergleich angeboten. Sie stundet die Zahlung der Gebühren für die Straßenreinigung. Zuviel gezahlte Gebühren werden rückerstattet und in einer Arbeitsgruppen sollen vereinfachte Verfahren gemeinsam erarbeitet werden. Was dabei rauskommt muss zunächst abgewartet werden. Durch Anfragen und Anträge in Bezirksvertretungen und im Ausschuss Öffentliche Einrichtungen unterstützte die Ratsfraktion DIE LINKE die Kleingärtner. Entscheidend war aber die Hartnäckigkeit der Kleingärtner selbst, die sich konsequent der Willkür der Stadtverwaltung widersetzen. DIE LINKE im Rat wird die Entwicklung beobachten und im nächsten Rheinblick zusammenfassend berichten.

Naturschutz muss Vorrang haben

Der Elbsee im Süden Düsseldorfs ist eins der wichtigsten Naturschutzgebiete im Stadtgebiet Düsseldorf. Der südliche Teil des Sees ist für den Wassersport wie Segeln, Tauchen oder Kanusport freigegeben. Am Ostufer ist eine aufwendige und privat betriebene Wellness-Anlage geplant, in der die gut betuchten BürgerInnen für viel Geld versuchen werden, ihre „Jugend und Schönheit“ zu erhalten. Seit August 2010 ist der gesamte nördliche Teil des Sees zum Naturschutzgebiet erklärt worden. Ein Naturschutzgebiet wird von natürlichen Entwicklungen bestimmt und muss vor Eingriffen der Menschen geschützt werden.

Umso unverständlicher ist, dass mitten durch das geschützte Gebiet eine 1000 Meter lange Kanu-Rennstrecke für den Leistungssport eingerichtet werden soll. Die Einrichtung dieser Kanu-Rennstrecke in einem Abstand von nur 75 m zum Ufer würde zu einer dauerhaften Störung des gesamten Nordufers führen. Dieses Ufer ist mit seinen Röhrichtern, Gehölzen und Steilufem ein wichtiger Brutlebensraum für störungsempfindliche Vögel wie Teichrohrsänger, Wasserralle, Uferschwalbe und vielen anderen. Über 70 verschiedene Vogelarten haben ihren Lebensraum im Naturschutzgebiet Elbsee.

Die Renaturisierung des nördlichen Teils des Elbsees wurde 2006 abgeschlossen. Dem wertvollen nährstoffarmen Wasser kommt eine außerordentliche hohe Bedeutung für die Biotopfunktionen zu. In einem Gutachten der Firma Ökoplan zum Gesamtkonzept Elbsee wird die Gefährdung durch die Regattastrecke bestätigt. Auch der BUND Düsseldorf kritisiert das Vorhaben. Die in Düsseldorf ansässigen Kanuvereine betreiben nur zum Teil Rennsport. Sie haben alle notwendigen Trainingsmöglichkeiten auf dem Rhein, in Duisburg, Essen oder Köln. Es besteht keine Notwendigkeit quer durch ein Naturschutzgebiet eine Kanu-Rennstrecke einzurichten. DIE LINKE im Rat hat im Umweltausschuss beantragt, die Kanu-Rennstrecke zu stoppen. Die Mehrheit nahm den Antrag von der Tagesordnung mit der Begründung, dass das Gesamtkonzept bald beraten und beschlossen wird. DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf wird sich weiter mit Nachdruck dafür einsetzen, dass sich die Düsseldorfer Naturschutzgebiete ungestört entwickeln können.

Der große Bluff

Wie die Stadt Düsseldorf sich die „Schuldenfreiheit“ zurechtbiegt

„Düsseldorf ist schuldenfrei.“ So tönte der damalige Oberbürgermeister Joachim Erwin im September 2007, installierte eine digitale Schuldenfreiheitsuhr am Rathaus und lud die EinwohnerInnen der Stadt auf den Marktplatz zu Bratwurst und Altbier ein, um das Ereignis zu feiern. Gesichert wurde der Marktplatz dabei vom städtischen Ordnungs- und Servicedienst. Wer seinen Lebensmittelpunkt auf der Straße hat, der sollte nicht in den Genuss kostenlosen Essens und Trinken kommen.

Seitdem tönt es von allen Seiten in Bezirksvertretungen, im Rat und in den Medien wie toll es ist, dass Düsseldorf schuldenfrei sei. Anträge der LINKEN im Rat oder den Bezirksvertretungen werden mit dem Argument, dass Düsseldorf schuldenfrei bleiben müsse, abgebugelt. Wer sich intensiv mit den Haushaltszahlen befasst erkennt: Die Schuldenfreiheit ist ein großer Bluff.

Denn der Schuldenstand sank zwar im Laufe des Jahres 2007 von 551,6 Millionen Euro auf 193,1 Millionen Euro, aber eben nicht auf 0. Ende 2009 bestanden noch 120,9 Millionen Schulden, seitdem nehmen die Schulden der Stadt sogar wieder zu. Ende 2011 sollen sie bei 147,8 Millionen Euro liegen. Diese Zahlen gelten nur für den städtischen Kernhaushalt. Nimmt man die Schulden in Sonderrechnungen hinzu, müssen weitere 111 Millionen Euro an Schulden hinzugerechnet werden (Stand vom 31.12.2009).

AWISTA

„Das hats früher nicht gegeben!“

Diesen Satz hörte man im Dezember während der starken Schneefälle ständig. EinwohnerInnen, speziell in den Randstadtteilen, waren sauer über schneebedeckte und später eisglatte Fuß- und Radwege. Nicht, weil es früher nicht schneite, sondern weil die Wohn- und Nebenstraßen für viele Menschen nicht passierbar waren. So manche DüsseldorferInnen erinnern sich, dass damals, als noch die MitarbeiterInnen der Stadt für freie Wege sorgten, alles in besserem Zustand war wie heute mit der AWISTA.

„Denen ist der Profit wichtiger als korrekte Dienstleistung für die Stadt“ und „Wenig Personal, Hauptsache, sie kriegen ihr Geld von der Stadt“, „Bei Gebührenerhöhungen sind sie schnell“, das waren nur einige der Kommentare der letzten Woche.

In Bezirksvertretungen und Ausschüssen war das Thema auf der Tagesordnung. Vielfach wurde bemängelt, dass es keine oder nur schlechte Abstim-

Dennoch behauptet die Stadt weiter beinahe trotzig: „Die Stadt ist wirtschaftlich betrachtet bereits seit September 2007 schuldenfrei.“

CDU, FDP und Verwaltung leiten die wirtschaftliche Schuldenfreiheit daraus ab, dass das Geldvermögen der Stadt die Höhe der Schulden übersteige, die Schulden also zwar da seien, aber jederzeit abgelöst werden könnten. Auf den ersten Blick plausibel, auf den zweiten unsinnig.

Wesentlich sinnvoller wäre es, dem Schuldenstand – auch dem der Vorjahre – die vorhandenen Vermögenswerte entgegenzustellen. Zu denen gehörten ein großes RWE-Aktienpaket, der 80%ige Anteil an der Stadtwerke Düsseldorf AG und der 100%ige Anteil an den städtischen Kliniken und Seniorenzentren. Seit 2001 haben CDU und FDP eben große Teile dieses rentierlichen Vermögens für insgesamt 1,2 Milliarden Euro veräußert.

Durch diese Verkäufe sanken Schuldenstand, aber auch Vermögensbestand der Stadt. Den für ein paar Jahre eingesparten Zinsen stehen auf Dauer fehlende Einnahmen aus Dividenden der RWE-Aktien und aus Überschüssen der Stadtwerke Düsseldorf AG gegenüber.

Schon seit 2009 muss die Stadt sogar auf die gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsrücklage zurückgreifen, um einen ausgeglichenen Haushalt erstellen zu können. In 2009 wurden rund 100 Millionen Euro entnommen, in 2010

sind hierzu knapp 80 Millionen Euro eingeplant, in 2011 126 Millionen Euro. Zudem wurden die Gewinnabführungen der Stadtparkasse und des Stadtentwässerungsbetriebes deutlich erhöht – zu Lasten des dort notwendigen Eigenkapitals.

Die Schulden steigen derweil weiter an, so dass selbst die „wirtschaftliche Betrachtung“ im Sinne von CDU und FDP nicht mehr die „Schuldenfreiheit“ zum Ergebnis hat.

Gleichzeitig sind die fixen Kosten im Haushalt durch den Neubau der Arena (rund 13 Millionen Euro jährlich für Zuschüsse und Abschreibungen, aktuell zudem eine Sonderabschreibung von 15 Millionen Euro) und diverse Public-Private-Partnership-Projekte, deren Kosten komplett bei der Stadt hängen bleiben (Paketpost, Burgwächter Castello, ISS Dome), enorm angestiegen.

Parallel hat sich die Einnahmesituation der Stadt durch kontinuierliche Absenkungen der Hebesätze für die Gewerbesteuer und die damit verbundenen Geschenke an Unternehmen verschlechtert. Bei einem Erhalt des städtischen Vermögens und dem Verzicht auf unsinnige Großprojekte hätten die Haushaltsmittel in den letzten zehn Jahren nicht nur zu einem deutlichen Schuldenabbau genutzt werden können. Viele soziale Projekte hätten finanziert werden können und die Stadt hätte nun und in Zukunft von den Überschüssen profitieren können.

mung und Zusammenarbeit mit dem städtischen Gartenamt gab.

Viele DüsseldorferInnen wünschen sich die Stadtreinigung wieder in städtische Hand. Dazu Angelika Kraft-Dlangamandla, stellvertretende Fraktionsvorsitzende: „Unsere Ratsfraktion

lehnt jegliche Form der Privatisierung oder Zusammenschlüsse mit privaten Unternehmen grundsätzlich ab. Die Erfahrungen im Dezember zeigen, welche Auswirkungen Privatisierung haben kann, wenn Wirtschaftlichkeit vor Gemeinwohl geht.“



Schneeräumer fehlten in vielen Strassen

Der Schulbus kommt!...Oder auch nicht

Stadtverwaltung lässt Schulkinder im Regen stehen

Für Schulkinder, deren Schule weit weg ist, besteht die Möglichkeit, dass die Stadt Düsseldorf einen so genannten Schülerspezialverkehr einrichtet. Dann werden diese Kinder mit Schulbussen von ihrem Wohnort abgeholt und zur Schule gefahren. Genau dieses Angebot gab es im Stadtbezirk 7 für die Grundschule in Düsseldorf-Knittkuhl für Kinder der Wohngebiete entlang der Bergischen Landstraße.

Nun wollte die Verwaltung diesen Dienst einstellen – man könne so doch 100.000 Euro einsparen und die Kinder sollten doch bitte den üblichen Linienverkehr nutzen. Die Schulpflegschaft zeigte sich empört. Wie sollen 130 Kinder in einen Linienbus passen? Wieso sollen die Kinder weite Fußwege über die stark befahrene B7 in Kauf nehmen? Wie will man die Verkehrssituation vor der Schule zu Schulbeginn entschärfen? Viele Kinder werden dann mit Autos zur Schule gebracht werden? Will man wirklich die Sicherheit und Gesundheit der Kinder aufs Spiel setzen?

Der Bezirksvertreter der LINKEN, Ronny Meyer, hat dieses Anliegen aufgegriffen und in der Bezirksvertretung 7 beantragt, den SchülerInnenverkehr im bisherigen Umfang beizubehalten und die Verwaltung über den Rat entsprechend zu beauftragen. Zusätzlich wies er darauf hin, wie man an einer Stelle Millionenbeträge für Prestigeobjekte ausgibt, hier aber vergleichsweise geringe Beträge zu Lasten der Kinder sparen will.

Zur Sitzung der Bezirksvertretung lagen dann auch ähnliche, allerdings unzureichende, Anträge der CDU/FDP und der SPD vor. Für die CDU / FDP kam es vor allem darauf an, die Verwaltung zu „bitten“, dass der Schülerspezialverkehr grundsätzlich beibehalten würde und wenn das schon nicht gelänge, so möge die Verwaltung die BV doch vorher wenigstens in die Entscheidung einbeziehen. Die SPD hingegen „bat“ zumindest die Verwal-

bereit, weil durch Abwesenheit einiger BV-Mitglieder keine eigene Mehrheit bestand. Im beschlossenen Antrag „bittet“ die Bezirksvertretung die Verwaltung nun darum, den SchülerInnenverkehr ohne Einschränkungen weiterzuführen und doch zumindest die Alternativvorschläge vorgestellt zu bekommen.

Die LINKE bezweifelt, dass die Verwaltung einer Bitte im Interesse der Kinder folgt. Zu oft hat sich in der Vergangenheit



Wie sollen sie zur Schule kommen?

Jens Weber / pixelio.de

tion, den Schulbusbetrieb in bisherigem Umfang beizubehalten.

Es zeigte sich, dass der Antrag der LINKEN nicht mehrheitsfähig sein würde. Die CDU und FDP waren nur deshalb in der Sitzung zu einem interfraktionellen Antrag

gezeigt, dass Bitten nur Schall und Rauch sind. DIE LINKE wird bei diesem Thema auch weiterhin den Finger in die Wunde legen und auch hier hat sich gezeigt, dass außerparlamentarischer Druck dringend notwendig ist.

Leere Stühle

Keine Kultur für Hartz-IV-EmpfängerInnen

Für 3 Euro ins Konzert oder ins Theater? Selbst zu den Berliner Philharmonikern oder einer Inszenierung von Claus Peymann? Was sich im kulturellen Leben Berlins bewährt hat, müsste doch eigentlich auch in Düsseldorf möglich sein.

2005 hatte der Berliner Senat mit Stimmen der Regierungskoalition von SPD und DIE LINKE eine bis heute vielfach in Anspruch genommene Regelung eingeführt: Ein 3-Euro-Ticket für Inhaber des Berlin-Passes für alle kurz vor Vor-

stellungsbeginn noch nicht verkauften Plätze in Theatern, Opern oder Konzerthäusern. Gleich, ob in der Loge oder im Parkett. Mehr noch: Einige Häuser bieten seitdem auch gänzlich diskriminierungsfrei reservierte Kartenkontingente für Interessenten im Vorverkauf an, die Hartz IV, Grundsicherung oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen. Da nur selten Vorstellungen gänzlich ausverkauft sind und fast immer Plätze leer bleiben, konnten in Berlin seit Einführung

des vergünstigten Angebots bis 2009 an die 70.000 3-Euro-Tickets verkauft werden. Eine Bilanz, die zweifellos allen zugutegekommen ist. Sowohl den Theatern und Konzerthäusern, deren Auslastung sich erhöht hat, als auch Einkommensschwachen, deren Recht auf kulturelle Teilhabe am gesellschaftlichen Leben noch vor Jahresfrist im Hartz IV-Urteil des Bundesverfassungsgerichts unterstrichen worden ist.

Auch in Düsseldorf gibt es zur Genüge leere Stühle. So blieben in den vergangenen Jahren im Düsseldorfer Schauspiel stets über 30 Prozent der Plätze unbesetzt. Grund genug, dass der Vertreter der Düsseldorfer Ratsfraktion DIE LINKE sich dafür einsetzte, das Thema im Aufsichtsrat des Schauspielhauses zu behandeln. Doch was geschah in der entscheidenden Sitzung? Die Plätze von SPD und Grünen blieben leer. Ein bis dato einmaliger Vorgang. Auch Vertreter erschienen nicht. So fiel es der CDU nicht schwer, das Thema im Eiltempo zu beerdigen.



Keine Kultur für Hartz-IV EmpfängerInnen

© Paul-Georg Meister / Pixelio.de

Schildbürger in Benrath?

Am Benrather Bahnhof wurde unter den Gleisen ein Tunnel zu einem neu angelegten Parkplatz für die Bahnreisenden geschaffen. Viel Freude allerseits über diese wunderbare Möglichkeit, das Auto stehen zu lassen und mit der Bahn zur Arbeit zu fahren. Nur wurde irgendwie vergessen, dass die Menschen ja irgendwie einen Fußgängerweg brauchen. Problem: Diesen Weg gibt es nicht. Ist auch nicht nötig, wie die LINKE in der Bezirksvertretung 09 erfuhr. Auf die Anfrage des Bezirksvertreters Cemal Cetin über die Gründe des fehlenden Fußwegs kam folgende Antwort: „Üblicherweise sind in Anlagen des ruhenden Verkehrs keine separaten Bereiche für Rad- oder Fußgängerverkehr vorgesehen, da das Geschwindigkeitsniveau des motorisierten Verkehrs sehr gering ist und diese Flächen ähnlich wie verkehrsberuhigte Bereiche zu bewerten sind“. Die Verwaltung sieht keinen Handlungsbedarf und geht auch nicht von einer Gefährdung der Fußgänger aus. Es kann ja nichts passieren, weil in der Regel von maximal 10 km/h ausgegangen wird und der KFZ-Führer in ständiger Bremsbereitschaft ist, so die Verwaltung. Frage: Warum wird ein Parkplatz mit Tunnel geplant, ohne zu berücksichtigen, dass die AutofahrerInnen ja aussteigen und laufen müssen? So was nennt man Schildbürgerstreich!

IMPRESSUM

Rheinblick

Herausgeberin:

Ratsfraktion DIE LINKE.
im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

Redaktion:

Lutz Pfundner, Angelika Kraft-Dlangamandla, M.F.

Tel:

0211 89 95 123

Fax:

0211 89 29 588

email:

info@linksfraktion-duesseldorf.de

web:

www.linksfraktion-duesseldorf.de

V.i.S.d.P.:

Gilbert Yimbou

Druck:

Berliner Zeitungsdruck

Auflage:

22.000

Leserbrief zum Rheinblick Nr. 6 vom Dezember 2010

Liebe Linksfraktion, liebe RedakteurInnen des Rheinblick, der Artikel „Mehr Solaranlagen auf die Dächer“ im Rheinblick Nr. 6 macht falsche und fehlerhafte Aussagen und stellt den Verein Düssel-Solar als Projekt der Linken dar. Das ist nicht so. Düssel-Solar e.V. ist ein von Düsseldorfer UmweltaktivistInnen im Jahr 2008 gegründeter unabhängiger und gemeinnütziger Verein, der neben der Realisierung von Bürgersolaranlagen auf kommunalen Dächern eigenständige politische Arbeit (Astrhein, Energie- und Verkehrswende, Antiatom) in Düsseldorf macht. Der Düsseldorfer Umweltpreis wurde am 12. November 2010 nicht nur der Vorsitzenden unseres Vereins übergeben, sondern allen 20 anwesenden Vereinsmitgliedern. Gänzlich unerwähnt bleiben im o.g. Artikel leider die 90 aktiven GenossenschaftlerInnen der 5 Gesellschaften bürgerlichen Rechts (GbRs), die Eigentümer und Finanzier der 5 Photovoltaikanlagen auf Schulen in Pempelfort, Oberkassel, Benrath, Lierenfeld und Eller sind. Düsseldorf, den 02.02.2011
Mit sonnigen Grüßen
Kaspar Michels

Anmerkung der Redaktion: Gerne veröffentlichen wir diese Ergänzung. Sollte der Eindruck entstanden sein, Düssel-Solar sei ein Projekt der LINKEN, war dies nicht beabsichtigt. Die Ratsfraktion DIE LINKE wird allerdings umweltfreundliche Energiekonzepte immer unterstützen.

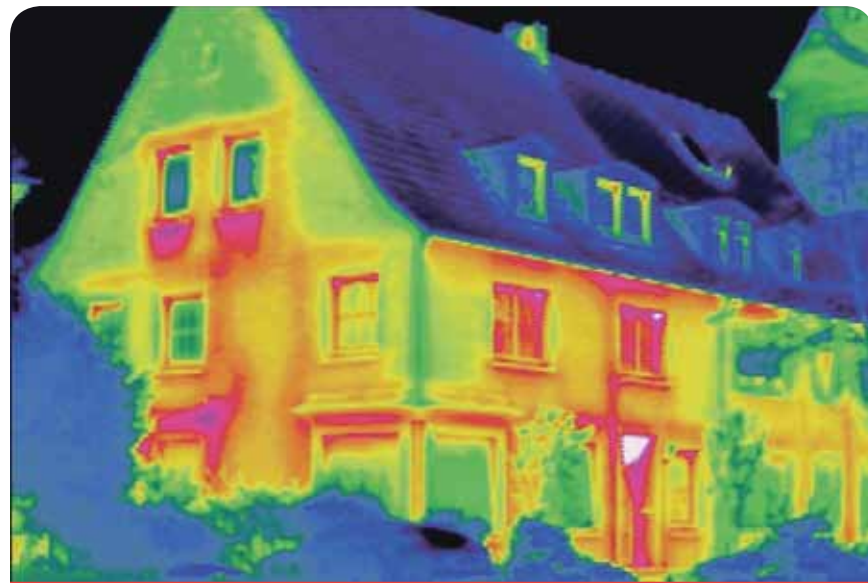
Energetische Gebäudesanierung: Wertsteigerung für Hausbesitzer – Mieter müssen zahlen

Die Stadt Düsseldorf hat 2009 ein Programm „klimafreundliches Wohnen“ aufgelegt, das den Eigentümern Zuschüsse für Sanierungen gibt. Die damit erfolgenden Sanierungen dürfen nicht zu Mieterhöhungen führen. Aber wird das überprüft?

Der Heizungsenergieverbrauch ist im letzten Jahr witterungsbedingt um 10 % gewachsen, auch diese Jahr ist mit einer Steigerung zu rechnen. Die Preise für Erdgas und Erdöl sind seit 2005 um 20% gestiegen und werden, wegen der knapper werdenden Ressourcen weiter steigen. Häuser, die vor dem ersten Energieeinspargesetz gebaut wurden (vor 1976) haben in der Regel eine verbesserungswürdige Wärmedämmung. Die Nebenkosten können durch eine energetische Sanierung der Häuser also erheblich gesenkt werden und CO² wird eingespart.

Der Vermieter kann aber bis 11% der Sanierungskosten auf die Mieter jährlich umlegen. Bei Sanierungskosten von 20.000 Euro anteilig für eine Wohnung mit 70m² und 80 Euro monatlichen Heizungskosten müssten also pro Monat 180 Euro mehr Miete bezahlt werden, deutlich mehr, als die möglichen 55 Euro Heizkostenersparnis.

Dies ist nicht fair, da ja schließlich der Eigentümer durch die Sanierung eine Wertsteigerung seines Hauses hat und



Wärmedämmung mangelhaft

© Foto: Verband Privater Bauherren (VPB)

er schon nach 9 Jahren die Kosten bei den MieterInnen wieder reingeholt hat. Die Bundesregierung will sogar eine noch größere Umlage der Sanierungskosten auf die Vermieter, um einen größeren Anreiz für die Hauseigentümer zur energetischen Sanierung zu schaffen und so die Klimaschutzziele zu erreichen.

DIE LINKE fordert: ökologisch und sozial dürfen keine Widersprüche darstellen. Die Mietsteigerungen sind auf die möglichen Senkungen der Heizungskosten zu begrenzen.

Der Energiepass soll ab 2008 den MietinteressentInnen eine Hilfe geben, die auf sie zu kommenden Heizungskosten abzuschätzen. Dieser ist von den Vermietern ohne Aufforderung dem potentiellen Mieter vorzulegen. Eine Untersuchung der deutschen Energieagentur ergab, dass die Mehrzahl der Vermieter sich nicht an diese Pflicht hält.

Haben Sie Erfahrungen mit dem Energiepass oder sanierungsbedingten Mieterhöhungen? Schreiben Sie uns, wir brauchen Ihre Erfahrungen, um die Energiewende sozial gerecht zu gestalten.

Bessere Zusammenarbeit mit dem DGB ArbeitnehmerInnenvertretung für Düsseldorf Ratsmehrheit unwichtig

Die Ratsfraktion DIE LINKE. Düsseldorf stellte in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaftsförderung, Tourismus und Liegenschaften den Antrag, die Kontakte zum Deutschen Gewerkschaftsbund auszubauen und den DGB-Vorsitzenden für die Region

Düsseldorf-Bergisch Land einzuladen um sich über die wirtschaftspolitischen Positionen des DGB zu informieren. Eine Entscheidung wurde nicht getroffen.

Keine Probleme bestehen bei den Ratsmitgliedern von CDU und FDP wenn es darum geht, mit den Vertretern des

Unternehmerlagers Kontakte zu pflegen. Die Wirtschaft besteht allerdings nicht nur aus Unternehmern und ihren Verbänden, wie diese Parteien glauben. Die wirtschaftlichen Ergebnisse in den Unternehmen werden von den arbeitenden Menschen erarbeitet.

Den R(h)einblick abonnieren

Der R(h)einblick ist die kostenlose Zeitschrift der Fraktion DIE LINKE im Rat der Stadt Düsseldorf. Die Fraktion DIE LINKE möchte mit dem „R(h)einblick“ über ihre Arbeit im Rat der Stadt und in den Ausschüssen informieren und damit auch zum Aufbau einer „Gegenöffentlichkeit“ in Düsseldorf beitragen. Denn in unserer Stadt bestimmen eine einseitige Berichterstattung der Tagespresse und das städtische Amt für Kommunikation in weiten Teilen, was veröffentlicht wird. Was nicht passt, wird nicht gedruckt. Viele Bürgerinitiativen, Vereine und Einzelpersonen müs-

sen das in den letzten Jahren ebenso erleben wie die Fraktion DIE LINKE im Rat der Landeshauptstadt Düsseldorf.

Der R(h)einblick wird umsonst verteilt. Damit auch Sie den R(h)einblick regelmäßig erhalten, können Sie ihn einfach abonnieren. Eine Postkarte oder eine E-Mail an die Fraktion DIE LINKE Düsseldorf genügt.

Fraktion DIE LINKE Düsseldorf
Luegallee 65
40545 Düsseldorf

info@linksfraktion-duesseldorf.de

